

DAS MAGAZIN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

AMNESTY JOURNAL

04/05
2016
APRIL/
MAI

UNTER DRUCK

INDIENS MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER KÄMPFEN
GEGEN REPRESSIONEN

DER KRIEG NEBENAN
Kämpfe in der Türkei und
das Schweigen der EU

GEFÄHRLICHE FLUCHT
Über die Mittelmeerroute
nach Europa

ROGER WILLEMSEN
Sein Einsatz für Amnesty
International

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



NORDKOREA Das Regime in Pjöngjang hat seine Kontrollen der grenzüberschreitenden Kommunikation verschärft. Es ist nicht möglich, aus dem Netz des größten nordkoreanischen Mobilfunkanbieters ins Ausland zu telefonieren, und der Zugang zum Internet ist nur ausgewählten Bürgern und Ausländern vorbehalten. Das zeigt ein aktueller Bericht von Amnesty International. Die Überwachungsmaßnahmen treffen vor allem auch diejenigen hart, die Angehörige haben, die aus Nordkorea geflohen sind. Wenn sie telefonisch mit ihnen Kontakt aufnehmen wollen, etwa über ins Land geschmuggelte chinesische Handys und SIM-Karten, laufen sie Gefahr, dafür im Gefängnis oder im Straflager zu landen. Viele Familien leiden unter der Ungewissheit, ob ihre Verwandten noch leben.



Ausgewählte Ereignisse vom
9. Februar bis 9. März 2016

GOOD NEWS



Foto: Amnesty

»Nein zur Kinderehe.« Wandgemälde in der Stadt Bobo-Dioulasso.

HOFFNUNG FÜR MÄDCHEN

BURKINA FASO Diese Nachricht könnte einen großen Fortschritt für die Rechte von Mädchen und jungen Frauen in Burkina Faso bedeuten: Ende Februar erklärte das Justizministerium des westafrikanischen Landes, es beabsichtige, das gesetzliche Mindestalter für Eheschließungen auf 18 Jahre anzuheben und gleichzeitig Zwangsverheiratung klarer als bisher als Straftat im Gesetzbuch zu definieren. In einem Land, in dem Zwangsverheiratungen laut Verfassung verboten seien, sei die anhaltende Praxis »inakzeptabel«. Man werde das entsprechende Gesetz überarbeiten, um dieses Vergehen wirksamer bestrafen zu können, und die Präventionsarbeit verstärken.

Woher die plötzliche Entschlossenheit? Das Ministerium räumte ein, dass in jüngster Zeit zahlreiche Menschen aus aller Welt ihre Besorgnis über die Zwangsverheiratungen in Burkina Faso zum Ausdruck gebracht hätten – in Briefen, E-Mails oder über soziale Netzwerke. Ein Erfolg für die Arbeit von Amnesty, denn beim Briefmarathon 2015 wurde auf die schwierige Lage junger Frauen in dem Land aufmerksam gemacht und dazu aufgefordert, sich in Schreiben an die Regierung zu wenden. Amnesty verlangt von den Verantwortlichen die Durchsetzung der nationalen Gesetze und der internationalen Rechtsnormen zum Verbot der Zwangsheirat, einen besseren Opferschutz und eine Aufklärungskampagne.

Tatsächlich sind Früh- und Zwangsverheiratungen in Burkina Faso bereits jetzt verboten. Doch die Behörden gehen nur selten gegen Gesetzesverstöße vor. Schätzungen zufolge wird ein Drittel der jungen Frauen in dem Land vor dem 18. Geburtstag zur Ehe gezwungen, manche schon im Alter von elf Jahren. Dies verstößt nicht nur gegen das Selbstbestimmungsrecht der Mädchen, sondern gefährdet auch ihr Leben und ihre Gesundheit. Die Mädchen müssen von früh bis spät im Haushalt und auf dem Feld arbeiten und so viele Kinder zur Welt bringen, wie ihr Ehemann es wünscht. Eine Schule besuchen nur die wenigsten.

Trotz der erfreulichen Mitteilung des Justizministeriums wird Amnesty die weitere Entwicklung beobachten und den Druck auf die Regierung von Burkina Faso aufrechterhalten, damit den Worten auch entsprechende Taten folgen.